

MAR 7. 3. 2009

# „Demokratie braucht jede Stimme“

Aktionsbündnis aus Rheinland-Pfalz und Hessen will kommunales Wahlrecht für alle Ausländer

Von  
Stefanie Widmann

REGION. Ein Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen über 18 Jahre will ein Bündnis aus rheinland-pfälzischen Ausländer-Organisationen, Gewerkschaften und Ligen der Freien Wohlfahrtspflege erreichen. Auf einer Bootsfahrt auf dem Rhein zwischen Mainz und Wiesbaden – „alles ist im Fluss“ – präsentierten Vertreter des Bündnisses ihre Ideen und forderten für die nächste Legislaturperiode des Bundestages eine entsprechende Änderung des Artikels 28 des Grundgesetzes. Um für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Einwohner gleich welcher Nationalität das kommunale Wahlrecht zu erreichen, bedarf es einer zwei Drittel-

Mehrheit in Bundesrat und Bundestag. Rheinland-Pfalz hatte 2007 bereits einen Gesetzentwurf im Bundesrat vorgelegt. Die Befürworter sind sich einig, dass Integration voraussetzt, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mit-

## Wahlrecht

■ In Rheinland-Pfalz sind 100 000 Ausländer durch ihre Herkunft aus der EU zu den Kommunalwahlen zugelassen, 150 000 aus Drittstaaten nicht.

■ In Hessen haben 220 000 Ausländer das kommunale Wahlrecht, 450 000 dürfen nicht zur Urne gehen, da sie aus Nicht-EU-Ländern stammen.

zuwirken. Das Aktionsbündnis hofft jetzt darauf, dass vor allem auch Kommunen mit entsprechenden Resolutionen aktiv werden. Nach dem Startschuss für die Aktion „Kommunales Wahlrecht für alle“ sollen die Ideen in Kommunal- und Landesparlamenten getragen werden.

„Wir sind der Meinung, dass alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, auf Augenhöhe mitentscheiden können sollten“, sagte Vito Contento, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz (agarp). Das Wahlrecht müsse – unabhängig von der Herkunft – allen gewährt werden. Seit 1995 in Europa in allen Mitgliedsländern das kommunale Wahlrecht für alle EU-Bürger eingeführt wurde, gebe es zwei Klassen von Ausländern. Die

Ungleichbehandlung müsse ein Ende haben. Corrado Benedetto, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), verwies darauf, dass es seit Anwerbung der ersten Gastarbeiter ein halbes Jahrhundert gedauert habe, bis Deutschland 2005 anerkannt habe, dass es ein Einwanderungsland ist. Nun müssten Konsequenzen daraus gezogen werden.

Ruslana Stileymanova aus Aserbeidschan, die seit fünf Jahren in Mainz lebt, schildert wie es ist, nicht mitbestimmen zu dürfen: „Solange ich hier studiert habe, hat es mir nichts ausgemacht.“ Aber jetzt, da sie ein Kind habe, störe es sie. „Als Ausländerin aus einem Drittland bezeichnet zu werden, ist kein schönes Gefühl, aber deswegen benachteiligt zu werden, ein noch schlechteres.“